

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Christian Ahrendt, Dr. Max Stadler, Gisela Piltz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/10950 –**

Rechtsextremes Netzwerk in Europa

Vorbemerkung der Fragesteller

Treffen rechtsnationaler Parteien, Vereinigungen und Gruppen in Europa finden derzeit grenzüberschreitend vermehrt statt; dies dient dem Ausbau des rechtsextremen Netzwerkes.

Gründe dafür sind vor allem die in Umlauf gebrachten Thesen von einer Islamisierung und Überfremdung Europas, die die einzelnen Gruppierungen einen. Es gibt aber auch insgesamt eine anhaltende Abkehr von der klassischen Skinhead-Subkultur in der Bundesrepublik Deutschland und dem europäischen Ausland.

So fand im September 2008 ein Anti-Islamisierungskongress statt, der vom Protestverein „Bürgerbewegung pro Köln e. V.“ organisiert wurde und bei dem Rechtspopulisten aus dem europäischen Raum zusammenfanden. Obgleich 1 000 Teilnehmer angekündigt wurden, kamen kaum mehr als 200 Sympathisanten zusammen. Ihr gemeinsames Ziel über den Anti-Islamisierungskongress hinaus ist ein Bündnis gegen die Islamisierung Europas. Bei dem Kongress sollte eine gemeinsame Liste für die Europawahl 2009 aufgestellt werden. Langfristig planen die europäischen Rechtsextremisten eine „Internationale der Nationalen“.

Die Stiftung „Kontinent Europa“ ist ein Zirkel von europäischen Rechtsintellektuellen mit Verbindungen zum Rechtsextremismus. Sie sind insbesondere an einer Vernetzung der „Neuen Rechten“ in Europa interessiert. Als offizielles Ziel gilt die Unterstützung von Forschungsprojekten. Stiftungsgründer ist der Schwede Patrick Brinkmann, der intensive Kontakte zur NPD pflegt und als eine Führungsfigur im internationalen Rechtsextremismus gilt. Die Stifungsmitglieder vertreten eine ethnopluralistische Position, wonach Menschen anderer Herkunft aus den eigenen Nationen verbannt werden sollen. Sie grenzen sich von den dem Nationalsozialismus verhafteten Rechten ab und streben einen völkischen Nationalismus an. In der Amerikanisierung der europäischen Völker sehen sie die größte Gefahr. Zudem geht aus dem „Stockholmer Manifest“ hervor, dass die verschiedenen Völker Europas zusammenhalten müssten, um sich vor dem arabischen, asiatischen und afrikanischen Kulturkreis zu schützen. Vor allem Deutsche tummeln sich in der schwedischen Stiftung.

Viele davon kennen sich gut aus der „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP), die der Verfassungsschutz als „größte rechtsextremistische Kulturvereinigung“ bezeichnet (Verfassungsschutzbericht 2007, S. 128).

1. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Aktivitäten der Stiftung „Kontinent Europa“?
2. Wie schätzt die Bundesregierung die von der Stiftung „Kontinent Europa“ ausgehende Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland und Europa ein?

Die in Schweden ansässige „Kontinent Europa Stiftung“ (KES) verfolgt nach eigener Darstellung das Ziel, „Wissenschaftler des Kontinents zusammenzuführen, um an einer gemeinsamen europäischen Identität zu schaffen und zu wirken“. Die Stiftung trägt generell zur Verbreitung extremistischen Gedankenguts in Deutschland und Europa bei, erreicht mit ihrem ideologischen Ansatz derzeit aber nur einen begrenzten Personenkreis.

3. Welche konkreten Verbindungen, z. B. gemeinsame Veranstaltungen oder Projekte, und personellen Verknüpfungen bestehen zwischen der Stiftung „Kontinent Europa“ und der NPD sowie anderen rechtsextremistischen Organisationen?

Von den insgesamt fünf deutschen Mitgliedern im Vorstand und im Direktorium der KES sind zwei in der NPD aktiv. Darüber hinaus bestehen seitens der KES Verbindungen zu rechtsextremistischen Organisationen in Frankreich, Spanien und Russland.

4. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Aktivitäten der „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP)?
5. Seit wann wird die „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP) vom Verfassungsschutz beobachtet, und wie wird die von diesem Verein ausgehende Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland und Europa beurteilt?

Die Gesellschaft für freie Publizistik (GfP) verfolgt nach eigener Darstellung das Ziel, sich „für die Freiheit und Wahrheit des Wortes“ einzusetzen. Dazu gehört auch die Unterstützung revisionistischer Bestrebungen. Eine konkrete Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung lässt sich hieraus nicht ableiten.

6. Bestehen nach Kenntnis der Bundesregierung zwischen der „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP) und anderen rechtsextremistischen Körperschaften und Vereinigungen Verbindungen, und wenn ja, welche?

Nach eigenen Angaben gehört es zu den Zielen der GfP, auch andere politische Organisationen zu unterstützen und zu fördern, die ihrer Meinung nach „der Erhaltung unseres Volkes und dem Aufbau und der Ermittlung von politischen Führungskräften dienen“. Damit verbunden ist zugleich eine Vielzahl von Kontakten zu anderen rechtsextremistischen Organisationen und Einzelpersonen.

7. Sind der Bundesregierung die Abreden hinsichtlich etwaiger Pläne bzw. Zusammenarbeit bekannt, die bei dem Anti-Islamisierungskongress im September 2008 in Köln von den daran beteiligten Rechtsextremisten getroffen wurden, und wenn ja, welchen Inhalt haben sie?

Nach bislang vorliegenden Erkenntnissen hat die „Bürgerbewegung pro Köln e. V.“ für den 9. Mai 2009 einen erneuten „Anti-Islamisierungskongress“ angekündigt. Konkrete Absprachen hierzu sind bislang nicht bekannt.

8. Welche weiteren europäischen Zusammenschlüsse rechtsextremer Vereine, Parteien bzw. Gruppierungen sind der Bundesregierung bekannt, und welche Ziele verfolgen sie jeweils?
9. Wie bewertet die Bundesregierung die jeweiligen Zusammenschlüsse von Rechtsextremisten auf europäischer Ebene im Hinblick auf das Gefahrenpotenzial für die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland und Europa?

Ein derzeit nur mäßig aktiver, aber noch existenter europäischer Zusammenschluss ist die „Europäische Nationale Front“ (ENF), der neben rechtsextremistischen Parteien aus Spanien, Rumänien, Griechenland und Italien auch die NPD angehört. Ziel dieser europäischen nationalen Front ist es nach eigener Darstellung, die europäischen nationalen Kräfte zu vereinigen und für elementare Grundsätze, wie die Schaffung eines „Europas der Vaterländer“, einzutreten. Eine konkrete Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung lässt sich hieraus nicht ableiten.

10. Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung des rechtsextremen Netzwerkes innerhalb von Europa?

Grenzübergreifende Koalitionen von Rechtsextremisten sind wegen häufiger Interessengegensätze nach bisherigen Erfahrungen instabil. Derzeit gibt es keine tragfähige Bündnisse, die Rechtsextremisten politische Handlungsoptionen im gesamteuropäischen Raum eröffnen.

11. Bewirkt diese Entwicklung nach Einschätzung der Bundesregierung langfristig eine Wandlung in der klassischen rechtsextremen Szene in der Bundesrepublik Deutschland?

Aufgrund des derzeitigen Erkenntnisstandes lässt sich eine derartige Entwicklung nicht absehen.

